

GESELLSCHAFT

Krone immer stärker, Warten auf den Konversionskurs

Die Einführung des Euro 2009 ist nahezu sicher, nach der Erfüllung der Konvergenzkriterien haben auch die zuständigen EU-Organe ihre Zustimmung gegeben. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich somit auf den Konversionskurs (Verhältnis, in dem die heimische Währung endgültig auf Euro umgerechnet wird) und auf die technischen Aspekte des Ersetzens der heimischen Währung.

Dauerhafte Aufwertung heimischer Währung vor Euroübernahme ist untypisch

Eine Besonderheit der Slowakei ist, dass vor der Euroeinführung die heimische Währung ausdauernd und intensiv erstarkt. Das ist eine gute Gelegenheit für Spekulationen rund um den künftigen Konversionskurs. Seit November 2005, dem Eintritt der slowakischen Krone in das Wechselkurssystem ERM II wurde die zentrale Parität der Krone gegenüber dem Euro schon zum zweiten Mal geändert. Die Verschiebung der zentralen Parität ab dem 29.5. auf das Niveau von 30,126 SKK/EUR besagt auch etwas über das Niveau des Konversionskurses. Im ERM II wird von der Krone weiterhin die standardmäßige Fluktuationsbandbreite von $\pm 15\%$ rund um die zentrale Parität genutzt werden. Die Untergrenze für obligatorische Interventionen beträgt 25,6071 SKK/EUR und die Obergrenze 34,6449 SKK/EUR. Im Mai verzeichnete die Krone neue Rekorde gegenüber Euro und Dollar. Daraufhin erfolgte eine Abänderung der zentralen Parität bis um fast 18%. Das ist eine erheblichere Änderung als im Vorjahr. Damals wurde die zentrale Parität um 8% geändert. Wenn wir bedenken, dass der Euro ab Januar 2009 in der Slowakei grünes Licht bekam und die Zeit zur Festlegung des Konversionskurses naht, erscheint es wahrscheinlich, dass gerade das Niveau der zentralen Parität von 30,126 SKK/EUR dem künftigen Konversionskurs entspricht oder dass dieser Wert jenem des Konversionskurses zumindest sehr nahe ist.

Stärkere Krone half auch anderen Währungen in der Region

Die Entwicklung des Kronenkurses war in der Vergangenheit oft eine Funktion der Kursentwicklung der Währungen umliegender Länder. Im Mai „gönnte“ jedoch die slowakische Krone auch Währungen der Nachbarländer außerordentlich interessante Gewinne.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

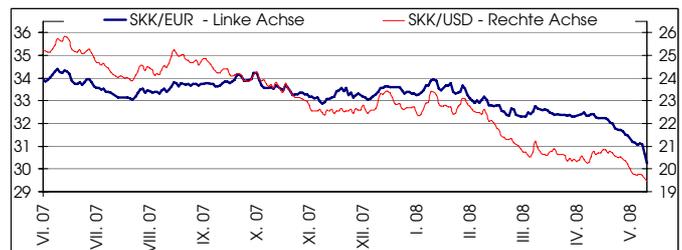
Krone immer stärker, Warten auf den Konversionskurs.....	1
Warten auf erste Folgen des Pressegesetzes.....	2
Ministerwechsel, von der nicht viel zu erwarten ist.....	3
Mythische Attribute und Prioritäten.....	4
Erweiterte Möglichkeit für Korruption.....	4
Wieder ambitiös aussehendes Modernisierungsprogramm für die Slowakei.....	4

WIRTSCHAFT

BIP-Wachstum verlangsamt, aber immer noch sehr hoch.....	4
Arbeitslosenquote geht erfolgreich zurück, aber nicht mehr sprunghaft.....	4

OKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kurse (VI. 2007 – V. 2008)



Quelle: NBS

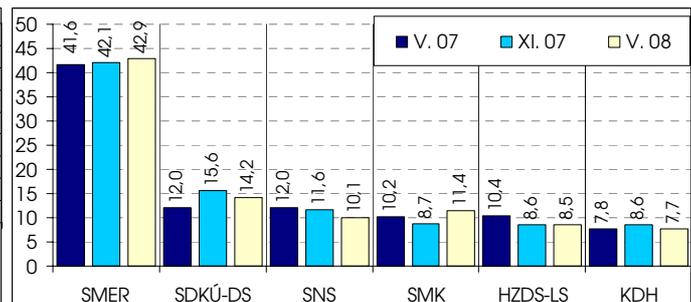
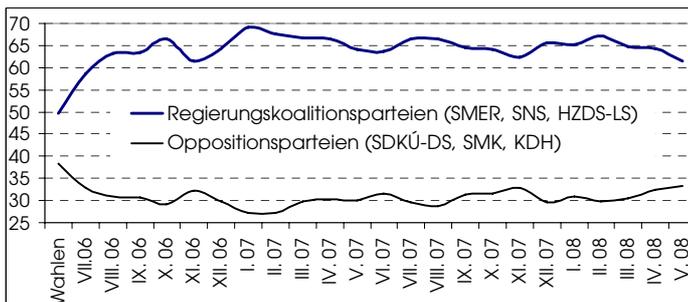
	2004	2005	2006	2007	2008*
BIP-Wachstumstempo (% real)	5,4	6	8,3	10,4	7,4
Inflation (CPI)	7,5	2,7	4,5	2,8	3,5
Arbeitslosenquote*** (%)	18,1	16,2	13,3	11	10,1
Rating (Moodys)	A3	A2	A1	A1	A1
SKK/USD	32,3	31	30,6	24,7	22,1
SKK/EUR	40	38,6	37,5	33,8	31,5

* die M.E.S.A.10 Vorhersage;

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik, Diagramm M.E.S.A.10

Die Änderung der zentralen Parität stieß auf eine nicht zu übersehende, obwohl manchmal nur kurzfristige Reaktion auf den Devisenmärkten in der Region. Die ungarische Währung verbesserte sich am Tag der Änderung zentraler SKK/EUR-Parität etwa um ein Prozent und erreichte den stärksten Wert seit Anfang 2003. Ähnlich heftig reagierte auch der polnische Zloty und kam am gleichen Tag auf ein Rekordkursniveau seit Juni 2001. Die tschechische Krone verbesserte sich gleichermaßen wie der ungarische Forint um etwa ein Prozent.

Dank jener durch die Serie positiver Nachrichten über den Beitrittsprozess zur Eurozone bewirkten Euphoriewelle überholt jedoch die slowakische Krone eindeutig die Währungen von Nachbarländern im Tempo des Erstarkens. Außer einigen Rekordwerten gegenüber dem Euro oder dem Dollar hat die Krone nämlich auch erheblich viel im Vergleich zu den regionalen Währungen dazugelegt.

Unternehmer und Regierung befassen sich mit „technischen Details“

Neben strategischen Fragen rund um den Währungswechsel gibt es eine Reihe technischer „Details“, die mit dem nahenden Zeitpunkt der Euroeinführung an Relevanz gewinnen. Im August soll z.B. die doppelte Preisauszeichnung kommen. Kleinere Geschäftsleute warten laut Vertreter der Arbeitgeberunion der Republik (RÚZ) mit der Installation entsprechender Kassens ab. Geschäftsleute, die beim Übergang auf den Euro mit dem Tausch oder Modifikati-

on von Kassens warten, setzen sich dem Risiko eines großen Andrangs zum Jahresende und Preissteigerungen bei Kassengeräten und Kassensoftware aus. In großen Unternehmen ist die Lage laut RÚZ-Vertretern besser.

Ein andere technische „Einzelheit“ ist die Preisüberwachung nach dem Übergang auf den Euro. Das Wirtschaftsministerium der SR informierte Vertreter der Europäischen Kommission über die Art und Weise der Überwachung von Preisen in der Slowakei und der Durchführung von Kontrollen bei der Euroeinführung. Nach Äußerungen von Vertretern der Regierungskoalition könne nahezu mit einer „Hyperaktivität“ der Regierung beim Überwachen von Preisbewegungen nach der Euroeinführung gerechnet werden. Die Rhetorik der Regierung, die um die Rolle eines Beschützers der Bürger bemüht ist, sparte nicht mit harten Worten für jene, die den Währungsumtausch zu Preissteigerungen nutzen möchten.

Warten auf erste Folgen des Pressegesetzes

Am 1. Juni tritt das umstrittene Pressegesetz in Kraft, das Befürchtungen der Pressevertreter hervorruft. Sie erwarten Eigenzensur, vorsichtigen Umgang mit Quellen oder eine mit Antworten auf veröffentlichte Informationen überhäufte Presse.

Verleger im Bann?

Das Gesetz über periodische Presse und Agenturberichterstattung (Pressegesetz)

wurde im Parlament trotz Widerstand der Pressevertreter und politischer Opposition und über die Vorbehalte der OSZE hinweg verabschiedet. Laut des Slowakischen Journalistensyndikats sei das Gesetz unmodern und eines EU-Landes nicht würdig. Das neue, vom Ressort des Kulturministers und stellvertretenden Parteivorsitzenden von Smer-SD Marek Maďarič erarbeitete Gesetz hatte zweimal - am 27. März und 11. April leere Titelseiten landesweiter Tageszeitungen zur Folge. Die Tagesblätter wiesen mit den Protesten darauf hin, dass das Gesetz und danach seine verabschiedete Version eine Attacke auf die Professionalität der Journalisten.

Vertreter der slowakischen Presse, jedoch auch oppositionelle Parlamentsparteien analysieren das Gesetz seit seiner Annahme und kündigten an, dieses vom Verfassungsgericht der SR beurteilen zu lassen. Ein Problem der Inkompatibilität des Pressegesetzes mit der Verfassung der SR oder der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten können vor allem gesetzliche Bestimmungen über die Schweigensamkeitspflicht bezüglich der Informationsquelle, die parallele Existenz des Rechtes auf Korrektur, Antwort und zusätzliche Mitteilung (hier können die Verleger mehrfach für eine Angabe belangt werden) darstellen. Problematisch ist auch die Regelung des Rechtes auf Korrektur: Eine Berichtigung kann ohne Rücksicht darauf verlangt werden, ob die Information den Persönlichkeitsbereich berührt, die Ehre, Würde, Wertachtung oder guten Ruf beeinträchtigt. Der Presseverleger ist im Bann

Rahmen 1: Überblick wichtigster Änderungen im neuen Pressegesetz

- Zeitungen, Zeitschriften und Presseagenturen werden verpflichtet sein, die Äußerung einer betroffenen natürlichen oder juristischen Person zu veröffentlichen und zwar binnen drei Tagen ab Eingang des Gesuchs.
- Die betroffene Person erhält die Möglichkeit zur Reaktion, wenn sie auf falsche aber auch wahrhaftige Behauptungen wird reagieren wollen, die ihre Würde, bei natürlichen Personen die Privatsphäre und bei juristischen Personen den guten Ruf betreffen.
- Die Antwort soll die veröffentlichten Behauptungen leugnen, ergänzen, präzisieren oder erklären. Das Gesuch um Veröffentlichung des Standpunktes muss diese binnen 30 Tagen nach Veröffentlichung des Artikels geschickt werden.
- Der Verleger kann die Antwort dann ablehnen, wenn seiner Meinung nach die veröffentlichte Behauptung nicht in die Persönlichkeitsrechte der Person eingegriffen hat oder wenn er selbst mit der Veröffentlichung der Antwort das Gesetz verletzen würde. Das Gericht kann eine Nichtveröffentlichung der Korrektur oder Antwort mit einer Strafe von 50000 bis 150 000 Sk ahnden.
- Zeitungen, Zeitschriften und Presseagenturen werden verpflichtet sein, Korrekturen zu veröffentlichen, sollte die betroffene Person oder Institution sie darum ersuchen.
- Das Gesuch um Veröffentlichung der Korrektur muss dem Verleger binnen 30 Tagen nach Veröffentlichung der Information zugestellt werden, der Verleger muss die Korrektur binnen acht Tagen nach Eingang des Gesuchs in vorgeschlagenem Wortlaut, an gleichwertiger Stelle und mit gleicher Schrift veröffentlichen.
- Der Verleger kann die Veröffentlichung der Korrektur nur dann ablehnen, wenn er über einen Beweis über die Richtigkeit seiner Behauptungen besitzt.
- Wenn Zeitungen und Zeitschriften über das Vorgehen öffentlicher Gewalt gegen eine natürliche oder juristische Person informiert, hat diese Person das Recht, die Veröffentlichung einer nachträglichen Mitteilung darüber zu verlangen, wie das gegenständliche Verfahren rechtskräftig abgeschlossen wurde. Im Konkreten geht es nicht nur um ein Strafverfahren, sondern auch um Verfahren bei Vergehen, verwaltungs- und zivilrechtliche Verfahren.
- Der Verleger periodischer Presse, Presseagenturen, ihre Arbeitnehmer und Beitragende werden verpflichtet sein, Schweigensamkeit über die Informationsquelle und zu wahren, sollten sie von einer natürlichen Person, die diese Information gewährte, darum ersucht werden. Sie sind verpflichtet, auch Schriftstücke und Datenaufzeichnung auf dieselbe Weise zu behandeln. Sie können nur durch die betreffende Person, deren eventuelle Erben und das Gericht der Schweigensamkeitspflicht enthoben werden.

des Antragstellers auf Korrektur. Problematisch ist auch die Festschreibung von Gründen, aus denen die Verleger berechtigt sind, eine Veröffentlichung der Antwort oder Korrektur abzulehnen. Hier entsteht wohl ein Ungleichgewicht zwischen dem Schutz von Rechten betroffener Personen und den Rechten der Verleger. Dies könnte im Widerspruch zur Meinungsfreiheit und Recht auf Informationen sein.

Die Opposition verlangte noch vor der Verabschiedung im Parlament das Recht auf Antwort einzuschränken (es sollte nicht für wahrhaftige Informationen angewendet werden). Weiters verlangten die Oppositionsparteien, dass öffentliche Amtsinhaber, Organe der Staatsgewalt und strafrechtlich Verfolgte nicht antworten können. Die Verpflichtung zum Schutz der Informationsquelle wollten sie in ein Recht verwandeln. Die Opposition hat in mehreren Fällen ihre Vorschläge mit den Einwendungen der OSZE begründet.

Fachgutachten mehren sich, Zusammenarbeit fehlt

Nach der Genehmigung des Pressegesetzes konzentrierte sich die Opposition auf die Möglichkeiten einer nachträglichen Gesetzesänderung. Die Partei der ungarischen Koalition (SMK) ließ eine Rechtsanalyse von unabhängigen Experten ausarbeiten, die vier Lösungsmöglichkeiten der Lage rund um das Pressegesetz brachte. Die Erste ist das Einreichen der Sache beim Verfassungsgericht der SR, die SMK ist bereit, einen solchen Schritt zu unterstützen. SMK-Vorsitzender Pál Csáky hält eine gemeinsame Vorlage durch die Oppositionsparteien am Verfassungsgericht für eine „elegante Lösung“. Die zweite Möglichkeit ist die Vorlage einer Novelle des Pressegesetzes bei der Septembersitzung des Parlaments (hier gibt es das Risiko einer Ablehnung durch die Regierungskoalition). Die weiteren Möglichkeiten schließen ein Vorbringen der Sache beim Ombudsman vor, der das Recht hat, das Problem an das Verfassungsgericht weiter zu geben oder die Sache an internationale Foren abzugeben, z. B. das Europäische Gericht für Menschenrechte, ein. Auch die größte oppositionelle Partei, die SDKÚ-DS erklärte ihre Bereitschaft, alle erdenklichen Schritte zur Änderung des Pressegesetzes zu unternehmen, da dieses ihrer Ansicht nach den demokratischen Grundsätzen widerspreche. Die SDKÚ-DS analysiert die Möglichkeit, sich an das Verfassungsgericht der SR zu wenden. Das Pressegesetz bestätige laut SDKÚ-DS die Tendenz zum autoritären Regime, zu welchem die jetzige Regierung das Land führen möchte. Die Kooperation der parlamentarischen Oppositionsparteien ist aber auch hier schwach.

Die Opposition hat die Unterstützung des sog. Lissabonvertrags von Änderungen des Pressegesetzes abhängig gemacht. Die SMK hat damals die gemeinsame Oppositionslinie nicht eingehalten und verhalf dadurch zur Verabschiedung des Pressegesetzes. Im Mai initiierte die SMK ein gemeinsames Treffen der Opposition über die Vorgehensweise gegen das Pressegesetz – Vertre-

ter des SDKÚ-DS und der KDH sind nicht erschienen.

Auch mehrere Presseverleger ließen Rechtsanalysen des Gesetzes erarbeiten. Regierung und Koalition wollen bislang von keinem härteren Vorgehen gegenüber Journalisten reden (obwohl dies erwartet wird), man wartet eher auf den ersten Fall, in dem das neue Gesetz angewendet wird. Die Redaktionen haben bisher keine klare Vorstellung davon, was für einen Einfluss das Inkraft-Treten des Pressegesetzes tatsächlich haben wird. Da aber das Gesetz in einer langfristig gespannten Atmosphäre zwischen der Regierungskoalition und Medienvertretern entstanden ist, gibt es Befürchtungen, wonach die Regierung eine striktere Haltung gegen die Medien einnimmt. Die Vorbereitung des Pressegesetzes erinnerte in manchen Momenten an eine Art Racheakt gegen die Medien.

Ministerwechsel, von der nicht viel zu erwarten ist

Der seit längerem erwartete Wechsel an der Spitze des Gesundheitsressorts wurde Wirklichkeit. Präsident Ivan Gašparovič entthob Ivan Valentovič seiner Ministerfunktion, nachdem dieser seinen Rücktritt eingereicht hatte (offiziell aus gesundheitlichen Gründen). An seine Stelle ernannte das Staatsoberhaupt Richard Raši. Dieser leitete bis zuletzt das Fakultätskrankenhaus in Bratislava. Der neue Minister betonte, er wolle auf die Interessen der Patienten als auch jene des Gesundheitspersonals achten.

Koalition hatte gegen früheren Minister offiziell keine Einwände

Die Koalitionsparteien Smer-SD, ĽS-HZDS und auch SNS haben gegen die Tätigkeit des früheren Gesundheitsministers nichts einzuwenden. Der stellvertretende Vorsitzende der ĽS-HZDS Milan Urbáni könne sich jedoch vorstellen, dass sich da Gesundheitswesen dynamischer transformieren könnte. Premier Robert Fico behauptete, gegen die Arbeit von Exminister Ivan Valentovič keinerlei Einwände zu haben und hat seine volle Zufriedenheit zum Ausdruck gebracht. Der Premier lehnte Überlegungen ab, wonach Valentovič gehen musste, weil der Premierminister mit ihm nicht zufrieden war. Der Premier fügte hinzu, dass er den Abgang von Valentovič bereue und an seiner Arbeit vor allem das erreichte Verbot des Profits für Krankenversicherungen schätze – die Krankenversicherungen müssen den geschaffenen Profit in das Gesundheitswesen zurückgeben (Kritiker halten jedoch gerade das Profitverbot für Krankenversicherungen für einen ernsten Fehler der Gesundheitspolitik). Der Premier denkt, dass der neue Minister Raši den Posten bewältigen wird, weil er Arzt mit Managererfahrungen ist. Und Exminister Valentovič ist überzeugt, dass Raši seine Arbeit fortsetzen wird.

Es warten verschuldete Krankenhäuser

Laut Health Policy Institute (HPI) sind die Arzneipolitik und die Lage der verschuldeten Fakultätskrankenhäuser Herausforderungen

für den neuen Gesundheitsminister Richard Raši. Die Arzneimittelausgaben verschlingen ca. 35 Prozent der Ressourcen im Gesundheitswesen, richtige Maßnahmen können Einsparungen von bis zu einigen Milliarden Sk bringen. Einen potenziellen Vorteil hat Minister Raši darin, dass er als Direktor eines solchen Krankenhauses die Lage von innen aus kennt.

Opposition spricht vom Austausch der Puppen

Die parlamentarische Opposition betrachtet die Arbeit des früheren Ministers sehr kritisch und den Wechsel an der Spitze des Ressorts als unbedeutenden Austausch von Puppen. Der Wechsel am Posten des Gesundheitsministers werden laut SDKÚ-DS die aktuellen Probleme im Ressort nicht lösen. Über einen Austausch von Puppen sprechen Vertreter dieser Partei deshalb, weil über das Geschehen im Gesundheitswesen „jemand anders“ entscheide. Dieser „andere“ soll Parlamentsvorsitzender Pavol Paška sein. Nach Ansicht der SDKÚ-DS war zwar die höchste Zeit für den Abgang von Valentovič, nichts werde jedoch die Tatsache ungeschehen machen, dass Gesundheitsbedienstete und Patienten „zwei Jahre durch falsche Entscheidungen und Nichtstun von Minister und Regierung verloren hätten“. Der Vorsitzende des Ausschusses des Nationalrates der SR für Gesundheitswesen Viliam Novotný (SDKÚ-DS) erwartet auch vom neu ernannten Minister Richard Raši keinerlei systemhafte Änderungen im Ressort. Seiner Äußerung nach wird das Gesundheitsministerium in Wirklichkeit von Pavol Paška, dem Parlamentsvorsitzenden und einer am Gesundheitswesen wirtschaftlich interessierten Person (von Smer-SD nominiert) geleitet. Novotný kritisierte, Valentovič habe zwei Jahre nur das getan, was Spitzenvertreter von Smer angeordnet hatten und keine eigene Initiative gesetzt.

Die Vorsitzende des Abgeordnetenklubs der KDH Mária Sabolová warf dem Exminister den Verlust jeglichen Interesses am Dialog mit Fachleuten aus der Öffentlichkeit vor. Die Entscheidungen des früheren Ministers halte sie für konzeptlos und ohne Strategie. Valentovič werde ihrer Meinung nach in die Geschichte als Mensch eingehen, der den Krankenversicherungen den Profit verboten hat. Der Abgeordnete der SMK Tibor Bastrnák meinte, dass der Rücktritt von Valentovič zu erwarten war. In den zwei Jahren bis zum Ende der ordentlichen Amtszeit dieses Kabinetts werde sich seiner Ansicht nach im Gesundheitswesen nichts mehr tun.

Die Regierungskoalition (und insbesondere die Partei Smer-SD) hat die Lösung der schwierigen Lage im slowakischen Gesundheitswesen als eine ihrer Prioritäten festgelegt. Jetzt, zur Halbzeit der Legislaturperiode, wird nach einigen konzeptlosen Schritten und einer Atmosphäre der Ratlosigkeit den Minister ausgewechselt. Dabei wird völlige Zufriedenheit mit der Arbeit des zurückgetretenen Ministers geäußert. Es wäre eine große Überraschung, wenn in der zweiten Halbzeit der neue Minister mit einer neuen Strategie käme.

Mythische Attribute und Prioritäten

Das Public Policy Institute (PPI) kam nach Auswertung statistischer Daten über den legislativen Prozess der Regierung zum Schluss, dass die Attribute und Prioritäten, auf die die slowakische Regierung stolz ist, im wesentlichen Teil ein Mythos und nur verbaler Natur sind.

Nach dieser Untersuchung legte die Regierung bei der Verabschiedung von Gesetzen im vergangenen Jahr keinen Wert auf ihre wichtigsten Prioritäten, da gerade in den „Prioritätsressorts“ die meisten Gesetze aufgeschoben wurden oder diese erst mit Verspätung genehmigt wurden. Von der gesamten Zahl von 231 im Jahr 2007 verabschiedeten Gesetzen waren die Prioritäten nur mit 39 Prozent vertreten. Im Rahmen der endgültigen Zahl verabschiedeter Gesetze sind die Prioritätsbereiche auf 36 Prozent zurückgegangen. Die Tatsache, dass oberste Prioritäten nur ein Niveau von einem Drittel erreichen, entspreche laut PPI „nicht dem propagandistischen Wortschatz von Regierungsvertretern“. Die meisten aus dem gesetzgebenden Prozess ausgelassenen Gesetze betrafen das Gesundheitsressort – bis zu 23.

Erweiterte Möglichkeit für Korruption

Laut Nichtregierungsorganisation Transparency International Slowakei (TIS) wurden im Vorjahr Waren und Leistungen von staatlichen Institutionen und der Selbstverwaltung öfter ohne Ausschreibung ein-

gekauft. Die Organisation behauptet, dass dadurch die Möglichkeiten zur Korruption gestiegen sind. Sie rief daher die Regierung auf, Maßnahmen zur Steigerung der Transparenz bei der Vergabe von Aufträgen zu treffen.

„2007 erfolgte ein Rückgang bei der Inanspruchnahme von Ausschreibungen, dadurch sind Möglichkeiten für Korruption bei der Durchführung öffentlicher Beschaffung im öffentlichen Bereich gestiegen“, führte die TIS an.

Nach den Worten der Organisation wurden im öffentlichen Bereich 126 Milliarden Sk für den Einkauf von Waren, Leistungen und anderen Posten aufgewendet. Davon gingen nur 21% der Ressourcen durch öffentliche Ausschreibungen, 2006 waren dies 34% und im Jahr 2005 etwa 37%. TIS behauptet auch, dass der Anteil öffentlicher Gelder für diverse Einkäufe die auf nicht transparente Weise verwendet wurden, gestiegen ist. Nach Worten der Organisation waren es 69% im Jahr 2007, 2006 betrug dieser Anteil 58%. Zu diesen Methoden zählte die Organisation zum Beispiel Verhandlungen ohne Veröffentlichung (wenn die Institution ohne Ausschreibung mit ausgewählten Bewerbern über die Auftragsbedingungen verhandelt) oder Einkäufe von minderem Wert oder außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes über öffentliche Ausschreibung. Laut TIS kann die Wahrscheinlichkeit korrupter Handlungen reduziert werden, wenn der größtmögliche Anteil der Beschaffungen über öffentliche Ausschreibungen erfolgen wird, die für eine uneingeschränkte Zahl von Bewerbern offen sind und über die Informationen offiziell veröffentlicht werden. Die Feststellungen von TIS bestätigen, dass sich die öffentliche Verwaltung mit dem Problem mangelnder

Transparenz und Korruption noch immer nicht ordentlich auseinander setzen kann.

Wieder ambitiös aussehendes Modernisierungsprogramm für die Slowakei

Die slowakische Gesellschaft verfügt bereits über Erfahrung mit ambitiös wirkenden, aber zaghaft umgesetzten Modernisierungsinitiativen der Regierung. Bei der Regierung liegt ein weiteres großes Modernisierungsprogramm auf dem Tisch. Nahezu 18 Milliarden Sk (593,5 Millionen Euro) sollen in den nächsten drei Jahren zur Modernisierung in die Bereiche Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation, Verbesserung des unternehmerischen Milieus und Beschäftigung fließen. Gerade auf diese Bereiche ist das Modernisierungsprogramm „Slowakei 21“ ausgerichtet. Dessen Autoren Dušan Čaplovič (stellvertretender Regierungschef für europäische Angelegenheiten, Menschenrechte und Minderheiten) und Ján Počiatek (Finanzminister) möchten mit ihrem Programm einen Impuls für die Modernisierungsbemühungen setzen. Gemeinsamer Nenner der Maßnahmen sollen die Förderung eines raschen und langfristig nachhaltigen Wirtschaftswachstums, Steigerung sozialer Mobilität, Minderung negativer Einflüsse demografischer Entwicklungen und Verbesserung der Reaktionsfähigkeit sein. Angesichts des bisherigen Schicksals von Modernisierungsprogrammen der Regierung sollte man mit Erwartungen hinsichtlich des Programms „Slowakei 21“ noch wohl abwarten.

WIRTSCHAFT

BIP-Wachstum verlangsamt, aber immer noch sehr hoch

Das Statistische Amt der SR veröffentlichte ihre rasche Schätzung des BIP fürs erste Quartal 2008. Die bekannt gegebenen Zahlen verbreiten nach wie vor Optimismus. Das Tempo realen BIP-Wachstums erreichte einen Wert von 8,7%. Das ist zwar weniger als 14,3% im letzten Vierteljahr 2007 (diese Zahl wirkte bei ihrer Veröffentlichung fast unglaublich), trotzdem ist dieser Wert noch immer ziemlich günstig. In den kommenden Quartalen ist eine weitere mäßige Verlangsamung des BIP-Wachstums zu erwarten. Grund ist die hohe vorjährige Vergleichsbasis und die Tatsache, dass einige Wachstumsfaktoren einmalig waren und sich nahezu mit Sicherheit abschwächen werden.

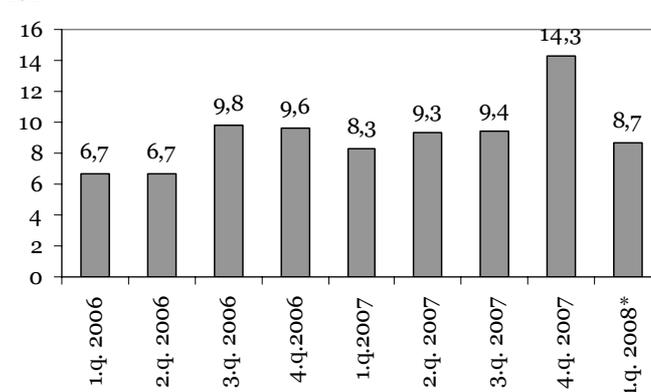
Arbeitslosenquote geht erfolgreich zurück, aber nicht mehr sprunghaft

Die Arbeitsämter weisen eine nach wie vor sinkende Arbeitslosenquote auf. Dieser Trend, der seit 2002 besteht, dauerte auch im ersten Quartal 2008 an. Die amtliche

Arbeitslosenquote ging im ersten Quartal 2008 auch weiterhin zurück, jedoch nicht mit derartigen Sprüngen wie in vergangenen Jahren. Der Märzwert von 7,6% ist um 1,3 Prozentpunkte niedriger als jener vom März 2007 (damals ist diese noch zwischenjährig bis um 2,5% gesunken). Auch das jetzige Resultat ist nahezu überraschend gut. Einen dramatischen Rückgang der Arbeitslosenquote ist nicht mehr zu erwarten. Hier ist der aus schwer beschäftigbaren (auch nicht beschäftigbaren) Personen bestehende „harte Kern“ erreicht und jeder weitere Rückgang der Arbeitslosenquote wird schwieriger sein als der Vorangegangene. Es ist aber auch damit zu rechnen, dass die nach Auswahlverfahren (also nach unterschiedlicher Methode) ermittelte Arbeitslosenquote

noch immer um etwa zwei Prozentpunkte höher sein wird als jener von den Arbeitsämtern angegebene Wert.

Diagramm 1: Reales BIP-Wachstumstempo nach Quartalen



Quelle: Statistisches Amt der SR

*Rasche Schätzung des Statistischen Amtes der SR